



Rechenschaftsbericht Legislatur 2019 bis 2023

Mehrheitsmacherin EVP im Kantonsrat

Die Mitglieder der EVP-Kantonsratsfraktion haben in der laufenden Legislaturperiode 2019 bis 2023 über 100 Vorstösse eingereicht. Alle aufzuführen, würde den Umfang dieses Berichtes übersteigen. Wir haben für Sie eine Auswahl vorgenommen.

Alle Vorstösse finden Sie im Internet unter kantonsrat.zh.ch

Bildung



Die Auswirkungen von Corona beschäftigte auch die Bildungspolitik. Zudem spitzte sich der Lehrpersonenmangel immer mehr zu. Die EVP stand auch in dieser Legislatur ein für ein starkes Bildungswesen. Folgende Vorstösse wurden von der EVP eingereicht oder unterstützt:

- **Corona-Auswirkungen angehen:** Lücken im Schulstoff durch den Fernunterricht müssen geschlossen und Lehrpersonen dabei unterstützt werden. (129/2020)
- **Früherer Berufseinstieg im Lehrberuf:** Angehende Lehrpersonen sollen bereits während der fortgeschrittenen Ausbildung als Lehrpersonen im Teilzeitpensum angestellt werden dürfen. (379/2022)
- **Klassenlehrpersonen stärken:** Für die zunehmend aufwändige Zusatzaufgabe als Klassenlehrperson sollen mehr Stunden an die Arbeitszeit von Lehrpersonen angerechnet werden. (232/2022)
- **Intensivkur für unausgebildete Lehrpersonen:** Aufgrund des Lehrpersonenmangels werden Personen temporär als Lehrpersonen eingestellt, welche sich noch in der Ausbildung befinden oder über keine pädagogische Ausbildung verfügen. Der Kanton soll diese mit Intensivkursen auf ihre Aufgabe vorbereiten. (178/2022)
- **Mehr ausgebildete Betreuungspersonen in Kitas:** Die Anzahl ausgebildeter Betreuungspersonen in Kitas soll erhöht werden. Praktikantinnen und Praktikanten sollen das Team unterstützen, nicht aber für den gesetzlichen Betreuungsschlüssel angerechnet und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.
- **Höhere Lektionenfaktor für Lehrpersonen:** Um den Lehrberuf attraktiver zu machen und der Überzeitproblematik entgegenzuwirken, sollen mehr Stunden pro Wochenlektion angerechnet werden. (271/2022)
- **Flexiblere Klassengrössen:** Schulleitungen und Behörden sollen bei der Zusammensetzung und Grösse von Klassen mehr Flexibilität erhalten. (294/2022)
- **Wiedereinstieg in Lehrberufe:** Der Kanton soll mit einer Kampagne ehemalige Lehrpersonen für den Wiedereinstieg in den Lehrberuf gewinnen. (295/2022)
- **Schulleitungen stärken:** Die Pensen von Schulleitenden in Volksschulen soll erhöht werden, um den erhöhten Anforderungen besser gerecht zu werden. (291/2022)
- **Frühe Deutschförderung:** Die Gemeinden sollen ihre Leistungen im Bereich der frühen Deutschförderung ausbauen und dabei vom Kanton unterstützt werden (42/2019)
- **Schnellere Prozesse im Stipendienwesen:** Das Verfahren soll vereinfacht und die unhaltbar lange Bearbeitungszeit von Stipendiengesuchen soll massiv verkürzt werden (388/2022)
- **Familienergänzende Betreuung erschwinglicher machen:** Kanton und Gemeinden sollen sich künftig zu je 20% an der Finanzierung eines bedarfsgerechten Angebots an familienergänzender Betreuung im Vorschulbereich beteiligen und sie die Elterntarife erschwinglicher machen (314/2019)
- **Zürcher Forschungsplatz sichern:** Welche Massnahmen kann der Kanton ergreifen, dass die Teilnahme der Universität Zürich, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und der Zürcher Hochschule der Künste ZHdK am Forschungsprogramm Horizon Europe sichergestellt werden kann trotz des Abbruchs der Verhandlungen Schweiz-EU? (246/2021)
- **Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen:** Die Nachholbildung von Berufsschulabschlüssen soll gestärkt werden, in dem Kosten für den Berufsfachschulunterricht und die überbetrieblichen Kurse von Kanton und/oder Berufsbildungsfonds übernommen werden (276/2021)



Sozialpolitik und Menschenwürde

Der Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung, Asylsuchenden oder Menschen in der Prostitution ist eine Frage der Menschenwürde. In der Überzeugung, dass eine starke Gesellschaft vulnerable Personen besonders gut schützt, setzte sich die EVP mit folgenden Vorstössen für sie ein:



- **Solidarische Sozialhilfe der Gemeinden:** Mit einer parlamentarischen Initiative soll die Sozialhilfe der Gemeinden neu zu 40% über einen Fonds aller Gemeinden finanziert werden, um Gemeinden mit hoher Sozialhilfequote zu entlasten. (204/2022)
- **Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention:** Der Kanton soll mit Einbezug von Menschen mit Behinderung zeitnah Massnahmen zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention umsetzen, damit Menschen mit Behinderung ihre gleichberechtigten Rechte wahrnehmen können und die Achtung ihrer Würde gestärkt wird. (472/2020)
- **Schutz der Rechte von abgewiesenen Asylsuchenden:** Die Situation in Notunterkünften und Rückkehrzentren soll verbessert werden. Asylsuchende haben das Recht auf einen menschenwürdigen Umgang mit medizinischer Versorgung

und ohne willkürliche Bussen. Zudem soll sich der Kanton dafür einsetzen, dass Eritrea und Afghanistan definitiv nicht als sichere Rückkehrorte eingestuft werden. (81/2020)

- **Abgewiesene Asylsuchende auch privat unterbringen:** Privatpersonen und private Institutionen sollen vermehrt abgewiesene Asylsuchende unterbringen dürfen. (48/2021)
- **Kampf gegen Ausbeutungsmasche «Loveboys»:** Mit der perfiden Masche der «Loveboys» werden Mädchen und junge Frauen meist zwischen 12 und 18 Jahren durch ihren vermeidlichen Freund in die Prostitution gedrängt und ausgebeutet. Der Kanton soll diese Masche gezielt und verstärkt bekämpfen. (304/2020)
- **Ausstieg aus der Prostitution erleichtern:** Der Kanton soll Ausstiegsprogramme aus der Prostitution unterstützen, damit betroffene Frauen unterstützt werden, wenn sie aus dem ausbeutenden Gewerbe aussteigen möchten. (29/2019)
- **Wohnsituation von Asylsuchenden verbessern:** Die Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden sollen verbessert werden, damit den Bedürfnissen gerecht werden kann und eine Integration möglich ist. (324/2019)
- **Keine Pflicht auf Sterbehilfe in Alters- und Pflegeheimen:** Ein Vorstoss der SP forderte, dass Alters- und Pflegeheimen ihren Bewohnenden Sterbehilfe in ihren Räumlichkeiten ermöglichen müssen. Der Vorstoss wurde abgeschwächt, dass er nur für Heime mit Beteiligung der öffentlichen Hand gilt. Die EVP wehrte sich gegen sämtliche Vorschriften, um die Gewerbe- und Gewissensfreiheit zu schützen.



Klima, Umwelt und Energieversorgung

Mit der neuen Kantonsratsmehrheit der sogenannten «Klimaallianz», bestehend aus EVP, GLP, SP, Grüne und AL, konnte endlich in grossen Schritten im Klimaschutz Ergebnisse erzielt werden. Auch die Biodiversität und die nachhaltige Energieversorgung standen vermehrt zur Debatte. Die EVP engagierte sich mit ihren Allianz-Partnerinnen mit folgenden Vorstössen für nachhaltige Lösungen und den Schutz der Schöpfung:



- **Magerwiesen schützen:** Die artenreichen Magerwiesen sollen langfristig geschützt und für die Erhaltung der Biodiversität weitere Flächen als Magerwiesen genutzt werden. (369/2019)
- **Wanderhindernisse für Wildtiere beheben:** Zum Schutz der Lebensräume von Wildtieren sollen erhebliche künstliche Wanderhindernisse mittelfristig beseitigt werden. (368/2019)

- **Modernes Wassergesetz:** Nach der Ablehnung durch die Stimmbevölkerung vom 10.02.2019 (EVP ebenfalls Nein) soll ein neues modernes Wassergesetz ausgearbeitet werden, welches dem Hochwasser- und Umweltschutz Rechnung trägt, aber keine Privatisierung der Wasserversorgung beinhaltet. (118/2019)
- **Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge:** Der Regierungsrat soll eine gesetzliche Grundlage ausarbeiten damit Parkplätzen in Mietliegenschaften und im Stockwerkeigentum mit intelligenter Lade-Infrastruktur für Elektrofahrzeuge erschlossen werden. Damit soll der Umstieg auf Elektromobilität beschleunigt werden. (459/2020)
- **Amazonasgebiet schützen:** Der Kanton Zürich soll gemeinsam mit dem Bund Bemühungen zum Schutz des Amazonasgebiets unterstützen und sich gegenüber dem Bund bei internationalen Abkommen für Anliegen der Nachhaltigkeit einsetzen. (283/2019)
- **Nachhaltiger Flughafen:** Der Flughafen Zürich soll Nachhaltigkeitsaspekte in der Eigentümerstrategie integrieren. (371/2022)
- **Nachhaltige Datencenter:** Datencenter sollen verpflichtet werden ihre Abwärme an regionale Heizverbände anschliessen, um diese Energie nachhaltig zu nutzen. (315/2022)
- **Erneuerbare Energie in Gemeinden fördern:** Mit einer gesetzlichen Grundlage für lokale Energiefonds soll die Förderung erneuerbarer Energie durch Gemeinden ermöglicht werden. (198/2020)
- **Solaroffensive:** Um den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben und die Selbstversorgung auszubauen, soll für geeignete Neubauten eine Solarpflicht eingeführt werden und bei bestehenden Bauten und Parkierungsanlagen nachgerüstet werden. (334/2022)
- **Erneuerbare Produkte bei der AXPO:** Die EKZ soll sich bei der AXPO dafür einsetzen, dass primär inländische und erneuerbare Elektrizität produziert wird. (331/2022)
- **In inländische erneuerbare Energie investieren:** Stromproduzierende Unternehmen mit kantonaler Beteiligung sollen primär im Inland statt im Ausland in erneuerbare Energien investieren. (238/2022)
- **Auf Strommangellage vorbereiten:** Der Kanton soll sich auf eine mögliche Strommangellage vorbereiten und konkrete Massnahmen aufzeigen. (282/2021)
- **Erneuerbare Energie fördern:** Mit einem Zuschlag auf die Netzkosten soll die Produktion von erneuerbarer Energie neben dem Bund auch durch den Kanton gefördert werden. (258/2021)
- **Nachhaltiges Investment der ZKB:** Die ZKB soll mit ihren Investitionen und Anlageprodukten stärker auf Faktoren der nachhaltigen Entwicklung und tiefen Treibhausgasemissionen achten. (139/2019)

- **Gegenvorschlag zur Natur-Initiative:** Mit Unterstützung der EVP konnte ein Gegenvorschlag zur «Volksinitiative Rettet die Zürcher Natur» ausgearbeitet und im Dezember 2022 im Kantonsrat verabschiedet werden. Mit diesem werden für den Schutz der Natur und der Artenvielfalt im Kanton die notwendigen Gelder gesprochen. Zum Schutz der Biodiversität können künftig vermehrt Renaturierungsprojekte umgesetzt werden.

Abstimmungserfolg: Energiegesetz

Der Kantonsrat erarbeitete ein ambitioniertes Energiegesetz, um den Kanton Zürich auf Kurs im Klimaschutz zu bringen. Die EVP war rund um Kantonsrat Daniel Sommer massgeblich an der Ausarbeitung beteiligt. Dank geschickter Mehrheitsbildung war eine Unterstützung fast aller Parteien (ohne SVP und EDU) möglich.

Das Gesetz beinhaltete Vorschriften für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen nach ihrer Lebensdauer durch klimafreundliche Heizungen und für Neubauten, welche neben klimafreundlicher Heizung auch einen Teil ihres Stroms selbst produzieren sollen. Zudem beinhaltet das Gesetz umfassende Fördergelder des Kantons für diese Investitionen.

Das Zürcher Stimmvolk nahm dieses fortschrittliche Energiegesetz am 28. November 2021 mit 63% klar an.

Abstimmungserfolg: Klimaschutz-Artikel

Der Kantonsrat beschloss im Oktober 2021 die Begrenzung des Klimawandels und dessen Auswirkungen als wichtige Aufgabe des Kantons auch in der Kantonsverfassung festzuhalten. Damit gibt der Kanton sich und den Gemeinden das Ziel, die Ziele des Bundes und der internationalen Abkommen tatkräftig mitzutragen und Treibhausgasemissionen bis zu «Netto-0» (also nicht mehr Ausstossen wie der Atmosphäre wieder entzogen wird) zu reduzieren.

Dieser neue Verfassungsartikel wurde von fast allen Parteien (ohne SVP und EDU) unterstützt und am 15. Mai 2022 von 67% der Stimmbevölkerung befürwortet. Damit kann beispielsweise auch im Kantonsrat der neuen Legislatur dem Klimaschutz die notwendige Dringlichkeit zugeschrieben werden.

Abstimmungserfolg: Bürgerrechts-Gesetz

Der Kantonsrat beschloss am 15. November 2021 ein kantonales Bürgerrechtsgesetz. Diese wurde nötig, weil auf Bundesebene die Einbürgerungen soweit als möglich vereinheitlicht worden sind. Der Kantonsrat hat das Bürgerrechtsgesetz so beschlossen, wie die EVP dies beantragt hat. Alle anderen Parteien mussten gewisse Kompromisse eingehen. Nur die SVP war dagegen und ergriff das Referendum. Das Volk hiess am 15. Mai 2022 das Bürgerrechts-Gesetz mit 69.1 % gut. Die EVP hat einmal mehr Recht bekommen.

Mobilität

Die Interessen von verschiedenen Verkehrsteilnehmenden müssen berücksichtigt werden. Speziell für Radwege besteht noch grosser Ausbaubedarf, aber bei den Uferwegen zum Spazieren soll es endlich vorwärts gehen. Dafür setzte sich die EVP mit folgenden Vorstössen ein:



- **Uferwege ausbauen:** Der gesetzliche Auftrag zur Freihaltung von See- und Flussufern soll umgesetzt und die Uferwege ausgebaut werden. (210/2019)
- **Gelder für Radwege:** Nicht genutzte budgetierte Gelder für den Ausbau der Radwege sollen für künftige Projekte zweckgebunden in einem thesaurierenden Fonds bleiben, um auch grössere Projekte finanzieren zu können. (62/2021)
- **Gelder für Uferwege:** Nicht genutzte budgetierte Gelder für den Ausbau der Uferwege entlang der Seen und Flüssen sollen für künftige Projekte zweckgebunden in einem thesaurierenden Fonds bleiben, um auch grössere Projekte finanzieren zu können. (61/2021)
- **Schutz vor mutwilligem Strassenlärm:** Die Bevölkerung soll vor mutwilligem Strassenlärm durch Auspuffklappen, Soundmaschinen, präparierten Auspuffen und mutwillig hochtouriger Fahrweise geschützt und dagegen vorgegangen werden. (211/2019)

Gesundheit und soziale Sicherheit

Der ohnehin bestehende Fachkräftemangel und zudem die Covid-Pandemie setzten das Gesundheitswesen stark unter Druck. Die EVP steht ein für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal. Folgende Vorstösse sind dazu hervorzuheben:



- **Pflegepersonal entlasten:** Um das Pflegepersonal zu entlasten, soll das Budget für die kantonalen Spitäler erhöht, eine 5. Ferienwoche für das Personal eingeführt und die Umkleidezeit als Arbeitszeit angerechnet werden. (268/2019)
- **Lokale Spitäler beibehalten:** Für die flächendeckende Gesundheitsversorgung sind lokale Spitäler wichtig. Für das Spital Affoltern soll eine Lösung eines kleineren Akutspitals mit weiteren medizinischen Dienstleistungen angestrebt werden. (96/2019)
- **Bund und Krankenkassen an Covid-Kosten beteiligen:** Mit einer Standesinitiative soll der Kanton vom Bund fordern, dass der Bund und die Krankenkassen sich an den Kosten und Ertragsausfällen der Spitäler aufgrund der Covid-Pandemie angemessen beteiligen. (298/2020)
- **Förderung Ausbildung der Gesundheitsberufe:** Um dem massiven Fachkräftemangel im Gesundheitswesen begegnen zu können, braucht es neben anderen Massnahmen einen grossen Effort in der Ausbildung. Damit die Anzahl der Studienplätze (FH/ HF) und der Lehrstellen (EFZ/EBA) erhöht werden kann, braucht es grössere Kapazitäten für die Praxisausbildung der Lernenden und Studierenden als sie heute vorhanden sind (77/2022)
- **Pflegeinitiative:** Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die Anliegen der Pflegeinitiative im Kanton Zürich konsequent und rasch umzusetzen. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat mit über 60 Prozent Ja-Stimmen die Pflegeinitiative deutlich angenommen. Im Kanton Zürich haben 61,8 Prozent Ja dazu gesagt.
- **Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe (HGGH):** Zur Umsetzung des Postulates ist nun eine Stärkung der HGGH im Spitalumfeld geplant. Dabei soll auch die Errichtung von Geburtshäusern im engen Spitalumfeld, z.B. auf dem Spitalareal, durch die Schaffung eines neuen Leistungsauftrages GEBS, «Hebammengeleitete Geburtshilfe am/im Spital», unterstützt werden. Zudem soll den bereits bestehenden Modellen der HGGH in bereits vorhandenen Gebärabteilungen Rechnung getragen werden. (199/2022)



Vorstösse zu weiteren Themen

Politik heisst oft auch, im Kleinen einen Unterschied machen, ohne dafür besonders grosse Aufmerksamkeit zu erlangen. In diversen Themen konnte sich die EVP mit eigenen und unterstützten Vorstössen für Anliegen engagieren, die für einzelne Menschen wichtige Verbesserungen mit sich bringen.



Jugend

- Kantonale Sportanlagen für Jugendsport: Der Kanton soll seine kantonalen Sportanlagen (z.B. von Kantonschulen) Zürcher Vereinen für Trainings ihrer Jugendgruppen kostenlos zur Verfügung stellen. (410/2022)

Sicherheit

- Polizeikorps mit Schweizer Bürgerrecht: Da Polizistinnen und Polizisten die Staatsgewalt ausüben, sollen Angehörige der Polizei des Kantons und der Gemeinden mit dem Antritt der Ausbildung über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. (390/2020)

Demokratie

- Mehr Transparenz bei Regierungsratswahlen: Mit einem Beiblatt zu den Wahlunterlagen soll die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidierenden des Regierungsrates transparent gemacht werden. (156/2020)
- Transparenz in der Politikfinanzierung: Parteien und politische Kampagnen sollen Grossspenden offenlegen müssen. (442/2020)

Denkmalschutz

- Zukunftsgerichteter Denkmalschutz: Der Denkmalschutz darf nicht ausserhalb neue Bauprojekte und nachhaltige Sanierungen verhindern. Es braucht deshalb ein neues, massvolles Denkmalschutzgesetz. (153/2020)
- Solaranlagen in geschützten Ortsbildern: Gemeinden sollen Solaranlagen auch in geschützten Ortsbildern zulassen können. (429/2020)

Wirtschaft

- Gewerbe unterstützen: Aufgrund stark erhöhter Energiepreise sollen Härtefallmassnahmen zur Unterstützung von Gewerbe, KMU und Grossbetrieben ergriffen werden. (370/2022)
- Lohndumping bekämpfen: Der Kanton soll bei öffentlichen Bauten stärker darauf achten, dass die involvierten Unternehmen die gesamtarbeitsvertraglichen Arbeitsbedingungen einhalten. (135/2019)



EVP – die lösungsorientierte Mehrheitsmacherin

Die EVP beweist sich als geschickte Macherin von Kompromissen und verlässliche Partnerin für lösungsorientierte Sachpolitik. Vom rauen und teilweise persönlich angriffigen Ton mancher Mitglieder des Kantonsrates lässt sich die EVP nicht beirren und hält an ihrem bewährten Polit-Stil fest:



- **Lösungen mit beiden Ratsseiten:** Als geschätzte Partnerin sucht die EVP Lösungen für die ganze Bevölkerung des Kantons Zürich. Diese finden sich manchmal mit der rechten und manchmal mit der linken Ratsseite. Ideologische Scheuklappen nützen dabei nichts.
- **Kompromisse statt Extremforderungen:** In Kommissionen und bei der Ausarbeitung von Gesetzen setzte sich die EVP immer wieder für den Kompromiss ein. So entstehen Gesetze, welche sowohl im Rat als auch in der Bevölkerung breit mitgetragen werden.
- **Sachpolitik statt Populismus:** Rechts und Links bemühen sich immer wieder populistischer Mittel, um vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben. Das mag zwar Medienaufmerksamkeit generieren, aber für die EVP ist klar, dass uns dies eine gute Zusammenarbeit und Lösungen für die Sache behindert.
- **Stets mit Anstand und Ehrlichkeit:** Im Kantonsrat geht es nicht selten hitzig zu und her. Auch die EVP ist leidenschaftlich in der Sache, aber spielt niemals auf den Mann oder die Frau und ist als ehrliche Partnerin ohne krumme Spielchen geschätzt.

Wahlen vom 12. Februar 2023

Damit sich die EVP auch in der nächsten Legislatur für einen nachhaltigen, starken und zukunftsgerichteten Kanton Zürich einsetzen kann, braucht es Ihre Unterstützung!

Dafür steht die EVP ein:

- Für eine zukunftstaugliche Bildung! Bei der Bildung sparen wir nicht. Gerade bei steigenden Schülerzahlen dürfen die Ausgaben nicht gesenkt werden. Wir fordern kleinere Klassen, Klassenassistenten vom Kindergarten bis zur Sekundarschule. Lehrpersonen sollen faire Löhne erhalten.
- Für die Stärkung der Familien! Prämienverbilligungen für Familien mit tiefen Einkommen und für Alleinerziehende sind zu erhöhen. Teilzeitstellen und familienergänzende Betreuungsangebote sollen das Berufsleben familientauglicher machen.
- Für eine nachhaltige Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik! «Intelligenter» Mobilitätslösungen, die Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Senkung des Energieverbrauchs sind zwingend. Der Wechsel auf erneuerbare Energie soll vom Kanton wo notwendig subventioniert werden.
- Für ein soziales Miteinander! Bei Jugendlichen und über 55-Jährigen muss die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft werden. Den Jugendlichen soll mehr öffentlicher Raum für ihre Entfaltung zur Verfügung gestellt werden. Differenzierte Angebote für ein würdevolles Altern, die Sanierung der Altersvorsorgewerke und ein leistungsfähiges Gesundheitswesen sind nötig.
- Für einen ethisch verantwortungsvollen Wirtschaftsstandort! Die Rahmenbedingungen für eine sozial nachhaltige Marktwirtschaft sind zu fördern. Übertriebener Denkmalschutz und Bürokratie lehnen wir ab. Das duale Berufsbildungssystem und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen weiter gestärkt werden.

Wählen Sie EVP Liste 7 unverändert in allen Bezirken des Kantons und Daniel Sommer, EVP, in den Regierungsrat.



 daniel-sommer.ch

«Einfach machen.»

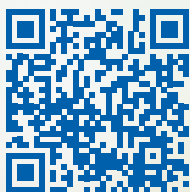
Daniel Sommer in den Regierungsrat

Mit der Unterstützung von:

Affoltern am Albis: Albrecht Iris; Asper Sibylla & Hans; Balmer Doris; Baumann Werner, Dr. med.; Blickenstorfer Mario; Böni Silvio; Brändli Roland; Buzzi Enrico; Dubs Irene; Eugster Vreni; Fenner Eveline, Stadtpräsidentin; Gasser Markus, Stadtrat; Geisser Marilyn; Gerber Herbert; Gonzenbach Elisabeth & Kurt; Gut Ursula; Häberling Martin; Hertig Theo; Huber Hansruedi; Hug Peter; Jodl Elisa-Maria; Kinner Pia; Knabenhans Elsbeth, a. Gemeinderätin; Knabenhans Peter; Lang Reto; Liebhart Franz; Locher Flurin; Ris Beat; Rudolf Arno; Schaefer Katrin; Schaefer Philip; Schellenberg Myrtha; Schmuki Brigitta; Schneebeli Werner; Sigrist Armin; Sommer Christine; Sommer Seraina; Sommer Ursula; Stöckli Esther & Stefan; Streich Maya; Takacs Istvan; Täubert Dominic; Zollinger Alice; Zürcher Hansruedi. **Aeugst am Albis & Aeugstertal:** Fuchs Bruno, Gemeinderat; Müller Regula & Ruedi, a. Gemeinderat; Schmid Sibylla; Schmidheiny Hanno. **Bonstetten:** Cochard-Gysel Andrea; Ernst Vreni & Alfred; schneider solar ag; Stallkamp Elisabeth. **Hausen am Albis:** Bucher Claudia; Häberling Viktor; Kuhn Erika & Peter; Meili Hansruedi. **Hedingen:** Ackermann Peter; Berg Balint; Gysel Dorothe & Gerhard; Hartmann Wolfgang; Klöti-Sidler Gisela & Martin; Von der Crone Rösli; Wehrli Ruth & Peter. **Knonau:** Müller-Jaag Lisette, a. Kantonsrätin; Müller René; Stettler Erika; Stalder Andreas & Seline; Wenger Nathanael, Gemeinderat. **Mettmenstetten:** Albinus Vera; Brunnschweiler Esther & Hanspeter; Jarvis Ursula; Roth Jonas. **Obfelden:** Gebhard Marlise & Hans; Gysel Markus; Kobel Christoph, Gemeinderat. **Ottenbach:** Ochsner Regula. **Rifferswil:** Baumgartner René; Bitzi Verena; Fischer Diana; Freivogel Björn; Heimann Adolf; Mühlebach Veronica; Roth Heidi & Christoph; Waldvogel Heinz; Weiss Christine; Zech Beat. **Uerzlikon:** Platter Daniel. **Zwillikon:** Baumann Hans; Schweizer Elsbeth. **Kanton Zürich:** Aeschbacher Ruedi, a. Nationalrat, GrüT; Bangerter Urs, Horgen; Banholzer Lilian, a. Gemeinderätin, Winterthur; Bänninger Michael, Kantonsrat, Winterthur; Bärtschiger Markus, Stadtpräsident Schlieren; Brack Delona, Wetzikon; Brunner Esther & Bruno, Grüningen; Bosshard Markus, Adliswil; Burch Stefan, Parlamentspräsident, Wetzikon; Danner Ernst, a. Gemeinderat, Zürich; Dudler Nicolas, Samstagern; Edelmann Andreas, Co-Präs. Casafair ZH, Zürich; Ernst Pia, Präs. Frauennetzwerk EVP ZH, Wetzikon; Fischer Gerhard, a. Kantonsrats-Präsident, Präs. Pro Natura ZH, Bäretswil; Frick Claudia, Zürich; Gebhard Christian, Dietikon; Gredig Corina, Nationalrätin, Zürich; Grossen-Aerni Andrea, Parlamentarierin, Wetzikon; Gugger Nik, Nationalrat, Winterthur; Günthard Fitze Barbara, a. Kantonsrätin, Winterthur; Hoesch Felix, Kantonsrat, Zürich; Hugentobler Hanspeter, Kantonsrat, Präs. EVP ZH, Pfäffikon; Ilg Stefan, Adliswil; Kaplony Andreas, Kilchberg; Kienast Walter, Winterthur; Lotmar Gerold, Zürich; Mächler Martin, Zürich; Mani Tobias, Kantonsrat, Au ZH; Marzorati Elisabet, Bäretswil; Meier Walter, Kantonsrat, Uster; Noureddine-Meier Ursula, Illnau; Ochsner Ruth, Oberdürnten; Probst-Sutter Philipp, Bäretswil; Rauber Mary, Uster; Reinhard Peter, a. Kantonsrat, Präs. VPV, Präs. PVKA, Kloten; Rothe René, Wetzikon; Schächli Peter, a. Kantonsrat, Wädenswil; Schreiber Kurt, a. Kantonsrat, a. Präs. Pro Bahn, Au ZH; Schaaf Markus, Kantonsrat, Präs. VKPZ, Rämismühle; Schaffner Barbara, Nationalrätin, Otelfingen; Schiess Cornelia, Uetikon am See; Schlatter Dieter, Kilchberg; Schoch Walter, a. Kantonsrat, Bauma; Sidler Lydia, Zürich; Solèr Christa, Langnau am Albis; Sommer Andreas, Winterthur; Sommer Lucinda & Joel, Bubikon; Sommer Sabine, Zürich; Stolz Yvonne & Beat, Neftenbach; Tschurr Eveline, Hirzel; Wenziker Käthy & Adrian, Zürich; Wisskirchen Mark, Kantonsrat, Kloten; Ziegler Fredi, Stäfa; Zimmermann David, Illnau; Zollinger Johannes, a. Kantonsrat, Wädenswil

Diese EVP-Mitglieder haben in dieser Legislatur im Kantonsrat gewirkt:

Markus Schaaf, Zell/Rämismühle (seit 2010), Walter Meier, Uster (seit 2015), Daniel Sommer, Affoltern a. A. (seit 2015), Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon (seit 2015), Tobias Mani, Wädenswil (seit 2017), Beat Monhart, Gossau (seit 2017), Mark Wisskirchen, Kloten (seit 2017), Barbara Günthard Fitze, Winterthur (2017 bis 2022), Michael Bänninger, Winterthur (seit 2022)



Alle Vorstösse der EVP



Evangelische Volkspartei
Josefstrasse 32
8005 Zürich

Telefon 044 271 43 02
sekretariat@evpzh.ch
evpzh.ch